

## **NGOs über neue „Lex Duvalier“ mässig erfreut**

**Der Nationalrat hat die „Lex Duvalier“ am 13. September fast unverändert angenommen. Damit können nun auch rückwirkend die Duvalier-Gelder doch noch eingezogen werden. Es ist absehbar, dass Duvalier den Fall an den Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof weiterziehen wird – eine Entwicklung, die nicht der Komik entbehrt.**

Max Mader

Die NGO-Koalition<sup>1</sup> zum Entwurf des Gesetzes über die Rückführung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (RuVG) sah mit milder Enttäuschung lediglich einen der Änderungsvorschläge verwirklicht, welche sie seit der Vernehmlassung den Fraktionen näher zu bringen versuchte (siehe fpi 1/10), nämlich die Heraufsetzung der Verjährungsfrist von fünf auf zehn Jahre. Der Nationalrat<sup>2</sup> folgte nicht einmal dem Mehrheitsantrag seiner Rechtskommission, welche für die Streichung des Artikels 4 gestimmt hatte.

### **„Gütliche Einigung“ politisch unklug**

Dieser sieht die „gütliche Einigung“ vor, wonach die Täter straffrei ausgehen und dazu einen Teil des gestohlenen Geldes behalten können. Die Koalition stritt nicht so sehr gegen diese offenbare moralische Ohrfeige, sondern machte deutlich, wie schädlich diese „Lösung“ für die Ministerien im Herkunftsland ist, welche die Rückführung verfechten. Deren Schwächung ist eine politische Dummheit, wird damit doch die Nachhaltigkeit der schweizerischen Rückführungspolitik untergraben.

### **Kein Verzicht auf Rechtshilfebegehren**

Auch verzichtet die verabschiedete Version nicht auf ein Rechtshilfebegehren des Herkunftslandes, und es fehlen klare Bestimmungen über die transparente und demokratische Verwendung zurückgeführter Gelder. Beides hat die Koalition aufgrund ihrer Erfahrungen vor Ort dringend empfohlen. Die Zukunft wird zeigen, ob das Gesetz realitätstauglich ist.

In einem Email-Interview mit dem Wall Street Journal, das nicht die Zeitung, sondern Jean-Claude Duvalier im Internet publizierte,<sup>3</sup> kündigte dieser an, im Falle einer rückwirkenden Anwendung des

Gesetzes in Strassburg gegen die Verletzung seiner Menschenrechte klagen zu wollen. Was würden dazu wohl seine Tontons-Macoutes sagen, die auf sein Geheiss Zehntausende abschlachteten?

---

<sup>1</sup> Aktion Finanzplatz Schweiz, Alliance Sud, Brot für Alle, Erklärung von Bern, Fastenopfer, Transparency International Schweiz

<sup>2</sup> [http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4815/332903/d\\_n\\_4815\\_332903\\_332912.htm](http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4815/332903/d_n_4815_332903_332912.htm)

<sup>3</sup> <http://www.haitiwebs.com/showthread.php?t=54888>